

Rede von Bürgerschaftspräsidentin Antje Grotheer anlässlich des Neujahrsempfangs der Bremischen Bürgerschaft am 14. 01. 2025

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr verehrte Gäste,

Ich begrüße Sie alle ganz herzlich hier im Haus der Bürgerschaft. Insbesondere möchte ich begrüßen: den Bürgermeister und Präsidenten des Senats, Dr. Bovenschulte, Bürgermeister Fecker und die weiteren Mitglieder des Senats. Ich begrüße den Präsidenten des Staatsgerichtshofs, Prof. Sperlich. Aus Bremerhaven heiße ich den Stadtverordnetenvorsteher von Haaren, Oberbürgermeister Grantz und Bürgermeister Neuhoff Willkommen.

Ein ganz herzliches Hallo auch an die Bürgermeister:innen sowie Landrät:innen aus unserer Nachbarschaft, an die Bundestagsabgeordneten, die Abgeordneten der Bremischen Bürgerschaft sowie der Stadtverordnetenversammlung Bremerhavens, an die weiteren Vertreter:innen der Gerichtsbarkeit sowie aus Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur, Kirche und Gesellschaft, des Diplomatischen Korps und der Bundeswehr.

Und besonders begrüßen möchte ich die diesjährigen Ehrengäste, die Schüler:innen der Arbeitsgemeinschaft „Demokratisch Handeln, Partizipation und Resilienz“ des Gymnasiums Horn!

Lassen Sie uns zu Beginn zunächst einen Moment innehalten und an diejenigen ehemaligen Abgeordneten denken, die im vergangenen Jahr verstorben sind und heute nicht hier sein können.

Dieter Gerdes

Karin Bohle-Lawrenz

Udo Immermann

Horst-Jürgen Lahmann

Wilfried Lemke

Marion Poppen

Helmut Pflugradt

Uwe Hollweg

Roswitha Erlenwein

Ich bitte Sie um einen Moment des Schweigens, um ihrer zu gedenken.

Vielen Dank

Verehrte Gäste,

ich freue mich, dass Sie alle heute zu unserem traditionellen Neujahrsempfang gekommen sind, um das Jahr 2025 politisch einzuläuten.

Und zu Beginn erlauben Sie mir einen Blick zurück.

Es ist nun fast genau ein Jahr her, dass ein Hochwasser in Bremen und umzu große Schäden anrichtete. Menschen mussten aus ihren Häusern evakuiert werden. Tag und Nacht waren professionelle und ehrenamtliche Rettungskräfte im Einsatz. Tag und Nacht halfen auch viele Freiwillige – dort wo die Nöte am größten oder die Deiche am meisten gefährdet waren.

Im Angesicht der Katastrophe zeigten sich: enormer Zusammenhalt, enorme Hilfsbereitschaft, Sinn für das Gemeinsame und die Gemeinschaft.

Es ist ebenfalls fast genau ein Jahr her, es war am 21. Januar 2024, dass Bremen eine Demonstration in einer Größe erlebt hat, wie sie nur sehr selten vorkommt.

„Laut gegen Rechts“ war der Titel dieser Demonstration, zu der 50.000 Menschen in die Innenstadt geströmt sind. Das war eine beeindruckende Zahl. Sie war ein deutliches Signal. Und sie war Teil von etwas Größerem.

Millionen Menschen gingen in dieser Zeit bundesweit auf die Straße, um ein Zeichen zu setzen. Ein Zeichen gegen die rechtsextremen Pläne zur sogenannten Remigration, die auf einem Geheimgespräch sehr ausführlich besprochen worden sein sollen und die kurz zuvor öffentlich geworden waren. Und ein Zeichen für eine tolerante, menschliche und solidarische Gesellschaft. Auch dies war ein Zeichen für Zusammenhalt.

Zu sehen, dass so viele Menschen in Bremen und in ganz Deutschland ein solches Zeichen setzen wollten, dass sie zusammenstanden, war für mich persönlich ein beeindruckender und bewegender Moment. Und dieses Zeichen hat, glaube ich, nicht nur mir Hoffnung gemacht.

Ein Jahr ist seitdem vergangen. Und einiges hat sich in diesem Jahr verändert.

Ich habe den Eindruck, aus diesem gemeinsamen „Wir“ wird immer öfter ein „Wir gegen die anderen“.

Immer öfter wird diskutiert, was „wir“ alles erreichen könnten, während sich „die anderen“ ja verweigern.

So ist es häufig bei Fragen, die Unterstützung sozial Schwächerer betreffen, so ist es bei Fragen des Klimaschutzes oder bei Fragen, wie die Wirtschaft in Deutschland angekurbelt werden soll. Und es hat sich verändert, wie über das Thema Migration diskutiert wird.

Das alles nicht auf einen Schlag, sondern stückchenweise. Sodass man diese Entwicklung vielleicht gar nicht bemerkt, wenn man nicht so genau hinschaut. Mittlerweile sind wir an einem Punkt, an dem der Begriff „Remigration“ nicht mehr nur bei heimlichen Treffen fällt, sondern ganz offen im Wahlprogramm der AfD zu finden ist.

Ich denke: Wir müssen aufpassen.

Wir müssen aufpassen, dass wir uns nicht aus Angst vor den Wahlerfolgen einer in Teilen als gesichert rechtsextrem eingestuften Partei zu sehr in ihre Richtung bewegen.

Wir müssen aufpassen, dass nicht nur diejenigen Gehör finden, die mit immer extremeren Forderungen andere Parteien vor sich hertreiben.

Wir müssen aufpassen, dass es nicht nur noch um das Thema Migration geht und über keine anderen Themen mehr gesprochen wird. Und wir müssen aufpassen, dass Migration nicht als alles überschattendes Problem definiert wird – und ausschließlich als Problem.

Müssen wir nicht auch schleunigst Maßnahmen ergreifen, um die wirtschaftliche Entwicklung zu verbessern?

Müssen wir dabei nicht auch im Blick behalten, dass unsere Marktwirtschaft eine soziale Marktwirtschaft bleibt?

Müssen wir nicht auch dringend Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels umsetzen?

Verehrte Gäste,

Wir dürfen nicht zulassen, dass unsere Werte, dass unsere Solidarität, dass unsere Mitmenschlichkeit immer weiter in den Hintergrund gedrängt werden. Gerade wir hier in Bremen und Bremerhaven mit unserer langen hanseatischen Tradition, mit unserer Tradition von Weltoffenheit und internationaler Zusammenarbeit, wissen es besser.

Wir sind stolz auf unseren Rechtsstaat, auf unsere Freiheitsrechte, auf unsere soziale Marktwirtschaft.

Und wir alle tragen die Verantwortung dafür, dass unsere Werte, unsere hanseatische Tradition, dass unsere grundsätzliche Offenheit gegenüber allen Menschen nicht verloren geht. Wir als gewählte Abgeordnete, aber auch Sie alle als führende Vertreter:innen von Wirtschaft und Gesellschaft in diesem Bundesland.

Denn am Ende steht nichts weniger auf dem Spiel als die Demokratie selbst – die Grundlage für unsere Freiheit. Diese Demokratie – sie ist grundsätzlich bedroht. Und ich fürchte, dass vielen Menschen nicht klar ist, wie sehr sie bedroht ist.

Verehrte Gäste,

verfassungsrechtlich geschützte demokratische Werte und Mechanismen haben nur so lange Bestand, wie sie von einer deutlichen Mehrheit der Bevölkerung getragen werden. Steht die Mehrheit der Bevölkerung nicht mehr dahinter, wird auch die Verfassung kippen; mag sie auch noch so viele Bestandsgarantien beinhalten.

Diese Werte und Mechanismen anzugreifen in der Absicht, die Demokratie zu destabilisieren: Genau dies versucht die in Teilen rechtsextreme Partei Alternative für Deutschland seit vielen Jahren.

Genau dies versuchen aus dem Ausland, zuvorderst aus Russland, gesteuerte Desinformationskampagnen. Unter anderem in sozialen Netzwerken werden bei der deutschen Bevölkerung gezielt Emotionen mit bewussten Unwahrheiten geschürt, um das Wahlverhalten zu beeinflussen und Deutschland zu destabilisieren.

Befördert wird dies auch durch internationale Konzerne. So ist zu befürchten, dass eine maßgebliche Kommunikationsplattform hier eine gefährliche Rolle spielt – die wiederholte und unverhohlene Wahlwerbung ihres Besitzers für die AfD lässt jedenfalls das Schlimmste befürchten.

Dass nun auch der Besitzer noch weit größerer Sozialer Netzwerke angekündigt hat, weniger einzugreifen und die Diskussion mehr sich selbst zu überlassen, macht diese Gefahr einer Destabilisierung nur noch größer.

Leider haben es diejenigen, die unsere Demokratie angreifen, schon geschafft, unsere politische Kultur, die Art unserer politischen Auseinandersetzung ins Rutschen zu bringen. Weil viele Parteien und Spitzenpolitiker:innen auf Populist:innen reagieren, indem sie sich selbst des Populismus bedienen.

Es gibt dafür viele Beispiele – auch in Bremen. Es gibt viele Beispiele, wo die Wortwahl oder auch die Auswahl der Beispiele weit über das Ziel hinausschießen und weit über eine harte politische Auseinandersetzung hinausgehen.

In der Vergangenheit ging man in der politischen Auseinandersetzung auch durchaus harsch miteinander um. Vor 30 oder 40 Jahren war ein solches Vorgehen vielleicht noch verzeihlich. Man ging ruppig – auch überhart – gegen politische Gegner:innen vor. Man malte eine düstere Zukunft, wenn diese an die Macht kommen oder an der Macht bleiben. Und wenn es gut lief, profitierte man davon bei der nächsten Wahl und regierte.

Dabei war aber allen klar, dass unsere Demokratie als solche nicht in Frage stand.

Aber diese Zeiten sind vorbei. Heute hat sich oft der Kontext verändert; und viel der Kritik von damals ist heute Wasser auf die Mühlen der Populist:innen.

Wir müssen uns bewusstmachen, dass es politische Kräfte in diesem Land gibt, denen es eben nicht darum geht, mit einer anderen politischen Idee dieses Land zu regieren.

Wir müssen uns bewusstmachen, dass es diesen Kräften darum geht, in einem anderen System dieses Land zu regieren. Dafür setzen sie auf Emotionen. Sie setzen auf Angst und auf Untergangsszenarien. Sie erzählen den Menschen immer wieder, dass Deutschland kurz vor dem Untergang stehe – und nur ein radikaler Wechsel unser Land vor diesem Untergang retten könne.

Und wenn wir als Demokrat:innen, als Parteien, die mit zwar unterschiedlichen politischen Zielsetzungen, aber immer auf Basis unseres Grundgesetzes, diese Diskurse bedienen, wenn wir das Maß verlieren, dann zahlt das immer bei den Populist:innen ein. Es nährt ihre Erzählung. Und es bringt unsere freiheitliche Demokratie in Gefahr.

Denn wenn auch die demokratischen Parteien immer wieder die Katastrophe beschwören, die Deutschland angeblich droht, wenn jemand außer ihnen regiert, wenn andere demokratische Parteien als „Risiko“ bezeichnet werden – wenn wir als Demokrat:innen also populistische Strategien übernehmen und mehr die Spaltung befeuern und die Ängste schüren, als dass wir Lösungen aufzeigen – dann haben die Feinde der Demokratie irgendwann gewonnen. Dann werden Bürger:innen das irgendwann glauben. Und dann werden diese die Systemfrage stellen.

Alarmierende Anzeichen gibt es bereits. So waren in der Shell Jugendstudie 44 Prozent der Befragten der Ansicht, Zitat: „eine starke Hand müsste mal wieder Ordnung in unseren Staat bringen“. Das muss uns allen große Sorgen machen. Denn, wenn diese „Starke Hand“ regiert, dann gibt es vermutlich kein Zurück mehr. Dann wird diese Wahlentscheidung eben nicht mehr vier Jahre später korrigierbar sein – weil es dann vier Jahre später möglicherweise keine Wahlen mehr gibt.

Dass viele junge Menschen so denken, ist erschreckend, und wir müssen uns damit auseinandersetzen.

Dass aber nicht alle jungen Menschen so denken, das zeigen die Schüler:innen vom Gymnasium Horn, die im vergangenen Jahr unsere Gedenkveranstaltung zur Reichspogromnacht mitgestaltet haben. Diese Schüler:innen engagieren sich in der Arbeitsgemeinschaft „Demokratisch Handeln, Partizipation und Resilienz“.

An dieser Stelle möchte ich euch noch mal ganz herzlich begrüßen – und mich bedanken: für eure Mitwirkung bei unserer Veranstaltung – und für euren Einsatz für die Demokratie.

Das hat, finde ich, einen Applaus von uns allen verdient.

Verehrte Gäste, und vor allem verehrte Kolleg:innen Abgeordnete,

wir befinden uns mitten in einem Wahlkampf. Und ich denke, sehr viele von uns wirken an diesem Wahlkampf mit. Dieser Wahlkampf ist kurz und er wird hart geführt. Und bei allem Streit, bei aller politischen Auseinandersetzung, müssen wir uns bewusstmachen: Wir tragen Verantwortung. Verantwortung für das große Ganze. Verantwortung für unsere Demokratie.

Wir haben in den vergangenen drei Jahren eine Bundesregierung erlebt, die sich zu oft gestritten hat. Die zu oft den Eindruck erweckt hat, sie sei nur mit sich selbst beschäftigt und nicht so sehr mit dem Wohl der Menschen.

Das schadet der Demokratie insgesamt.

Der Demokratie schadet auch, wenn die Politik immer kompromissloser auftritt. Denn das Wesen der Demokratie ist es eben auch, aufeinander zuzugehen, einen Kompromiss zu finden, der die Interessen von möglichst vielen Menschen berücksichtigt. Dass es hier in Bremen im vergangenen Jahr gelungen ist, zur Finanzierung der Transformation des Stahlwerks aufeinander zuzugehen, dies zu ermöglichen im Schulterschluss von Regierungskoalition und größter Oppositionsfraktion, ist ein positives Beispiel dafür. Und ich hoffe, dass wir uns – bei allen politischen Unterschieden und bei aller politischer Auseinandersetzung – eben dieses bewahren können: Dass wir zusammenstehen und aufeinander zugehen, wenn es um die großen Zukunftsfragen unseres Bundeslandes geht. Denn darauf können wir stolz sein.

Wenn wir auf die Bundesebene schauen, sehe ich die große Gefahr, dieses Wesen der Demokratie immer mehr zu ignorieren. Wenn die Suche nach einem Kompromiss immer mehr zu einem öffentlich ausgetragenen Kampf wird, wenn es immer mühseliger wird, eine gemeinsame Lösung zu finden, weil nur noch zählt, sich mit seiner Maximalforderungen durchzusetzen, dann dürfen wir uns nicht wundern, wenn laut der Jugendstudie immer mehr Menschen eine andere

Staatsform für eine Lösung halten, die die Probleme in unserem Land vermeintlich besser, vermeintlich effektiver angehen kann. Nur dass dann eben nur noch die Interessen eines Teils der Bevölkerung berücksichtigt werden.

Verehrte Gäste, geschätzte Abgeordnete,

wir alle tragen Verantwortung für unsere Demokratie. Und diese Verantwortung müssen wir annehmen und wahrnehmen – überall dort, wo wir tätig sind: in Unternehmen, sozialen Einrichtungen, Vereinen, Interessenverbänden und Parteien. Und die Parteien – auch und vor allem im Wahlkampf.

Natürlich: Ein Wesen der Demokratie ist auch, dass Parteien unterschiedliche Lösungsansätze für Probleme haben. Und wir alle werden vermutlich in den kommenden Wochen versuchen, die Menschen von den Konzepten unserer jeweiligen Parteien zu überzeugen.

Aber wir müssen eben auch aufpassen. Wir müssen aufpassen, dass wir vor lauter Wahlkampf – und bei aller Härte in der Auseinandersetzung, die ein solcher Wahlkampf naturgemäß mit sich bringt – keinen Schaden für die Demokratie anrichten.

Wir alle haben gesehen, wie kompliziert es war, nach den Wahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg Koalitionen zu bilden. Koalitionen, die die gerade in diesen Ländern überwiegend als rechtsextremistisch eingestufte AfD außen vor lassen.

Wir alle haben bei der Konstituierung des Thüringischen Landtags gesehen, was passiert, wenn dieser Partei ein demokratisch legitimes Amt übertragen wird und sie dieses Amt missbraucht, um die Demokratie von innen auszuhöhlen und versucht, diese zum Einsturz zu bringen.

Und wir sehen jetzt in Österreich, dass eine in Teilen rechtsextreme Partei den Kanzler stellen könnte, weil die anderen Parteien sich nicht auf eine Koalition einigen konnten – und sich eine Partei nun doch entgegen vorheriger Ankündigungen zu Verhandlungen bereit erklärt hat.

Daraus müssen wir Konsequenzen ziehen. Dabei hilft es nicht, so zu tun, als lebten wir nach der Wahl in einem anderen Land. Wir werden weiterhin in Deutschland leben.

Wir werden weiterhin in Deutschland vor großen Herausforderungen stehen. Die Herausforderungen werden auch nach der Bundestagswahl am 23. Februar dieselben sein.

Demokratische Parteien können unterschiedliche Angebote machen, wie diese Herausforderungen angegangen werden können. Darüber entscheiden die Wähler:innen am 23. Februar.

Sicher ist: Die Herausforderungen werden nach der Wahl nicht kleiner sein – und einfache Lösungen gibt es auch nicht. Gerade deshalb ist es wichtig, dass alle demokratischen Parteien nach der Wahl daran arbeiten, für Deutschland Lösungen auf die drängenden Probleme dieser Zeit zu finden und die Demokratie in Deutschland nachhaltig zu stabilisieren.

Wir sollten den Menschen nichts Anderes erzählen. Wir sollten für den kurzfristigen Wahlerfolg keine Dinge versprechen, von denen wir jetzt schon wissen, dass sie nicht zu halten sein werden. Wir sollten nicht von vornherein eine Koalition mit anderen demokratischen Parteien ausschließen – oder es ihnen durch persönliche Angriffe unmöglich machen, sich nach der Wahl an einen Tisch zu setzen.

Denn nach der Wahl wird man eine Koalition verhandeln müssen. Und wenn ein Kompromiss dann als Niederlage verstanden werden muss, dann verliert die Politik vor allem eines: Glaubwürdigkeit. Und so leicht diese zu verlieren ist, so schwer ist sie wiederzuerlangen – wenn dies überhaupt gelingt.

Die große Gefahr ist, dass die Menschen dann nicht nur den Glauben an die Politik verlieren, sondern auch den Glauben an die Demokratie. Das Vertrauen darin, dass Demokratie nicht immer leicht ist, vermutlich auch nicht immer perfekt, aber dass sie die einzige Staatsform ist, die gleiche Rechte und Freiheit für alle Menschen garantiert. Darin sind wir uns hier im Saal doch alle einig.

Verehrte Gäste,

auch wenn ich jetzt lange über den Wahlkampf gesprochen habe, so lassen Sie mich unmissverständlich klarstellen: Die Verteidigung unserer Demokratie betrifft uns alle.

In meiner Fraktion gibt es eine Regel bei den Sitzungen. Diese Regel lautet: „Schweigen bedeutet Zustimmung“. Wer sich in einer Diskussion nicht zu Wort meldet, kann sich nachher auch nicht damit herausreden, er oder sie habe zwar nichts gesagt, sei aber von Anfang an dagegen gewesen.

Wir alle dürfen nicht schweigen. Wir dürfen keine Missverständnisse aufkommen lassen. Wir dürfen keinen Zweifel daran aufkommen lassen, dass wir die Demokratie verteidigen. Wir dürfen nicht den Eindruck aufkommen lassen, wir würden jenen zustimmen, die unsere Demokratie angreifen, weil wir nichts sagen. Wir alle sind aufgefordert für die grundlegenden Regeln unseres Zusammenlebens einzutreten – und das jeden Tag und bei jeder Gelegenheit!

Und noch einen dringenden Appell möchte ich heute an Sie richten, wo ich Sie alle hier versammelt habe: Gehen Sie am 23. Februar zur Wahl. Nutzen Sie Ihre Stimme. Und werben Sie auch aktiv bei ihren Verwandten, Freund:innen, Bekannten, Beschäftigten und Kolleg:innen dafür, dass sie ihre Stimme abgeben. Denn es ist wichtig, dass die Wahlbeteiligung hoch ist. Demokratie ist kein Lieferservice. Sie funktioniert nur dann, wenn alle mitmachen.

Verehrte Gäste,

ich wünsche mir für das neue Jahr, dass wir in ganz Deutschland zu einem Umgang finden, wie er uns hier in Bremen und Bremerhaven auszeichnet und wie wir ihn zu Beginn des vergangenen Jahres gesehen haben. Einem Umgang, der geprägt ist von Hilfsbereitschaft, Solidarität und Respekt. Einem Umgang der das „Wir“ als etwas Gemeinsames sieht und nicht in Abgrenzung zu den anderen. Einem Umgang also, der geprägt ist von Gemeinschaft und nicht von Ausgrenzung. Und ich bitte Sie alle: Wirken Sie daran mit.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen alles Gute für das Jahr 2025.